

Koalitionsspiele

Alexander Hagelüken

Zwischen Klimaschutz und Kernkraft

Sozialliberale Gemeinsamkeiten in der Umwelt- und Energiepolitik?

Wäre 2009 eine rot-gelbe Bundesregierung denkbar? – Kernkraft und Klimaschutz bestimmen die Agenda der nächsten Jahre. Während die SPD den Atomausstieg verwirklichen will, sollen die Laufzeiten der Kernkraftwerke nach dem Willen der FDP verlängert werden. Kann es auf dem Feld der Umwelt- und Energiepolitik vielleicht dennoch sozial-liberale Schnittmengen geben?

Augenfällige Unterschiede

Im Herbst 2007 ist es genau 25 Jahre her, dass die sozial-liberale Koalition im Bund zerbrach. Was eint, was trennt heute SPD und FDP, die seither nur noch vereinzelt auf Landesebene zusammen Regierungen bildeten? Könnten sie auf ausreichend Politikfeldern Gemeinsamkeiten finden, um wieder eine Bundesregierung zu bilden? Solche Fragen sind in den Blickpunkt gerückt, seit die Zeit der Blockbildung SPD/Grüne vs. Union/FDP vorbei zu sein scheint – seit der Bundestagswahl 2005.

Schon die damaligen Planspiele einer Ampelkoalition mit den GRÜNEN nötigten Sozialdemokraten wie Liberalen ab, sich über die Kompatibilität mit dem Partner klar zu werden. Die Umwelt- und Energiepolitik ist einer der Bereiche, der auf den ersten Blick die meisten Unverträglichkeiten aufzuweisen scheint.

Längst vergessen, dass die FDP einst von manchen als die erste deutsche Umweltpartei wahrgenommen wurde, weil

der damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher Anfang der 70er Jahre in seinem Ministerium eine Abteilung Umweltschutz aufbaute und erste ökologische Gesetze etwa gegen Industrieemissionen auf den Weg brachte. Vergessen auch, dass SPD und FDP damals den Ausbau der Kernkraft ohne größere Konflikte forcierten. Die aktuelle Wahrnehmung ist durch klare Antagonismen geprägt. Die FDP hat sich als marktliberale Partei positioniert, die »in der Umweltpolitik in den vergangenen zehn Jahren eigentlich gegen alles opponiert hat«, wie ein einflussreicher Mann aus der Großen Koalition sagt: »Vom Dosenpfand über den GRÜNEN PUNKT bis zur Förderung erneuerbarer Energien«. Die FDP steht in der Öffentlichkeit für Wirtschaftspolitik und die Skepsis gegenüber zu hohen Kosten einer progressiven Umweltpolitik. Während die SPD schon durch die rot-grüne Konstellation in ein grüneres Gewand schlüpfte, als es vielleicht sonst der Stimmungslage der Arbeitnehmerpartei

entspräche. Die massive Förderung von Wind, Sonne und Biomasse oder das Dosenpfand sind nicht unbedingt genuin für eine Partei, in der Gewerkschafter und Industrievertreter traditionell die Umweltpolitik einschränken. Doch die Entwicklung der vergangenen Jahre hat dazu geführt, dass die Programmatik von SPD und FDP sich in der Umweltpolitik unterscheidet.

Das sichtbarste grüne Etikett der SPD ist der Atomausstieg, weil sich die Sozialdemokraten zwar spätestens seit dem GAU in Tschernobyl von der Kernkraft abwandten, dies aber in den Oppositionsjahren nie in praktische Politik umsetzen mussten. Die Befristung der Laufzeiten aller deutschen Kernkraftwerke ist denn auch »ein großer Knackpunkt« mit der FDP, so die energiepolitische Sprecherin im Bundestag, Gudrun Kopp. Die Liberalen haben den 2001 beschlossenen Ausstieg von Anfang an verdammt. Im aktuellen »Deutschlandprogramm« der Bundestagsfraktion vom September 2007 heißt es dazu kritisch: »In Deutschland wird von einigen der Atomausstieg als Sicherheitsgewinn gefeiert. Weltweit befinden sich gleichzeitig 30 neue Kernkraftanlagen im Bau, weitere 39 sind genehmigt und insgesamt 160 sind geplant. Der deutsche Alleingang beim Atomausstieg macht die weltweite Nutzung der Kernenergie nicht sicherer, sondern bremst die bislang von Deutschland beförderte Entwicklung immer besserer nuklearer Sicherheitstechnik.« Dieses harsche Urteil scheint wenig Raum für Kompromisse zuzulassen, wenn man es dem Programmentwurf der SPD vom September 2007 gegenüberstellt: »Wir verwirklichen den Atomausstieg«, steht da unmissverständlich.

Der SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel verschärft den Konflikt, seit er im Gefolge der Reaktorpannen in Krümmel und Brunsbüttel auf eine frühzeitige Abschaltung älterer Reaktoren drängt. Ein

klarer Gegensatz zur FDP, die die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern will. Welche Annäherung soll es zwischen zwei Parteien geben, die bereits bei einem so weit voneinander entfernt sind?

Spielraum für Kompromisse

Ein genauerer Blick auf die Wirklichkeit in den beiden Parteien zeigt, dass die Gegensätze nicht so groß sind, wie es zunächst scheint. Die FDP scheut inzwischen das Etikett der klaren Pro-Atom-Partei, vielleicht mit Blick auf die Meinungsumfragen, die eine kernkraftkritische Haltung vieler Deutscher nahelegen. Kernenergie fungiert in den aktuellen Parteiprogrammen nur noch als »Übergangstechnologie«, die genutzt werden soll, »so lange erneuerbare Energien oder Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidung noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.« Das ist kein freudiges Bekenntnis zur Atomkraft mehr, sondern ein »Ja-aber«, das für Kompromisse in einer Koalition viel Spielraum lässt. In den Entwurf des neuen Deutschlandprogramms fand sogar eine Passage Aufnahme, welche die Übertragung von Laufzeiten älterer an neuere Kernkraftwerke aus Sicherheitsgründen propagierte – exakt die Linie von Umweltminister Gabriel. Diesen Passus eliminierte die Fraktion zwar wieder. Doch insgesamt bleibt der Eindruck, dass die FDP flexibler ist als mancher glaubte.

Was – in Umweltfragen allgemein – auch für die SPD gilt. »In puncto Umweltpolitik ist die SPD nicht wirklich festgelegt«, sagt ein Fachmann aus der Großen Koalition. Schon weil das Herz der meisten Funktionäre für andere Themen schlägt. Der ökologische Shootingstar Gabriel füllt zwar in der Provinz die Säle, wenn er über Klimaschutz spricht. In der eigenen Bundestagsfraktion aber sinkt das Interesse bei seinen Referaten zur Umwelt bereits nach fünf Minuten. »Dann wollen die Abgeordneten wieder

über Rente und *Hartz IV* diskutieren«, berichtet ein Beobachter: »Umweltpolitik liegt bei der SPD nicht in den Genen.« So wie die SPD in den rot-grünen Jahren teils progressive Umweltpolitik durchsetzte, weil sie vom kleinen Koalitionspartner dazu gedrängt wurde, könnte sie mit einem anderen Koalitionspartner wieder pragmatischer werden. Positiv gesehen: Wirtschaftsnäher und bemüht, den Bürgern nicht zu viele Lasten zuzumuten. Negativ gesehen: Ökologisch desinteressierter.

Selbst bei den eindeutigen Programmaussagen wie etwa »Wir verwirklichen den Atomausstieg.« sind viele Kompromisse denkbar. Programme sind Programme und gleich einem Koalitionsvertrag »keine Bibel«, wie Gerhard Schröder zu sagen pflegte. »Die SPD würde den Ausstieg in einer Koalition mit der FDP vielleicht nicht unange-

tastet lassen«, glaubt ein Insider. Dies wäre nicht nur von reinen Machterwägungen geleitet sondern auch von der Überzeugung, dass eine Koalition eben Kompromisse erfordert. Es gibt dafür zwei starke sachliche Argumente. *Erstens* hat es in deutschen Kernkraftwerken nie Unfälle gegeben – eine gute Sicherheitsbilanz nach so vielen Jahrzehnten Betrieb. Und *zweitens* erfordert das neben der Atomkraft zweite große aktuelle Umweltthema womöglich ein gewisses Umdenken. Die Rede ist vom Klimaschutz, bei dem sich SPD und FDP in vielem einig sind.

Gemeinsamkeit Klimaschutz

»Die Bundesregierung hat Deutschland ehrgeizige Klimaschutz-Ziele gesteckt. Das ist vernünftig«, heißt es für eine Oppositionspartei bemerkenswert positiv im Deutschland-Programm der FDP. Klimaschutz ist *in*. SPD und FDP könnten unter dieser Rubrik vieles vereinbaren – selbst maßvoll längere Laufzeiten moderner Kernkraftwerke, die CO₂-ärmer sind als andere Säulen der Energieerzeugung wie Kohle und Gas.

Wenn sich Sozialdemokraten und Liberale über den Klimaschutz, und über diesen Umweg womöglich auch über die Kernkraft, verständigten, hätten sie die wichtigsten Hürden in der Umwelt- und Energiepolitik genommen. Denn andere Fragen sind entweder unstrittig wie etwa schärfere Gesetze für den Wettbewerb bei Strom und Gas, der zehn Jahre nach der Liberalisierung noch nicht richtig in Gang gekommen ist. Oder sie sind – wie etwa das Abfallrecht oder das Dosenpfand – nicht wichtig genug, um in der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und bei der politischen Willensbildung wirklich eine zentrale Rolle zu spielen.

Kernkraft und Klimaschutz bestimmen die Agenda der nächsten Jahre. Wie steht es um die Übereinstimmung beim Kampf gegen die Erderwärmung? Beim

Klimaschutz beginnt nun die Phase, in der die politischen Festlegungen in praktische Politik gegossen werden müssen. Im März haben die EU-Staaten beschlossen, ihre Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2020 um bis zu 30 Prozent zu reduzieren. Was die Große Koalition dazu an konkreten Maßnahmen auf ihrer Klausurtagung in Meseberg beschlossen hat, ist für die FDP »zu dirigistisch«. Das schließt nicht aus, dass sich in einer praktischen Zusammenarbeit viele Kompromisse finden ließen. Ähnliches gilt für den Widerstand der Liberalen gegen die großzügige Förderung erneuerbarer Energien. Es soll nur noch Anreize für die Markteinführung von Windkraft oder Solarenergie geben, aber keine Einspeisevergütung mehr. Bei der Förderung erneuerbarer Energien würden die Liberalen sicher darauf achten, ihr marktwirtschaftliches Profil nicht zu sehr zu verwässern. Andererseits liefert gerade der Markterfolg deutscher Hersteller von Windkraft- oder Solartechnologie zahlreiche Argumente, um Subventionen für eine gewisse Zeit zu tolerieren.

Insgesamt gilt, dass die Schnittmengen von SPD und FDP in der Umwelt- und Energiepolitik größer sind, als es mancher Beobachter vermuten würde. Die Flexibilität der traditionellen Koalitionspartei FDP steht der SPD in vielen Dingen näher als der ökologische Gründungsimpetus der GRÜNEN. Die entscheidende Frage ist, ob der Wille zu pragmatischen Kompromissen das Festhalten an Gegensätzen überwiegen würde, von denen derzeit noch die unterschiedlichen Parteiprogramme künden.



Alexander Hagelüken (*1968) ist Europakorrespondent der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG in Brüssel. Alexander.Hagelueken@sueddeutsche.de